

Cuba kompakt

15. September 2009, Ausgabe 59, Jahrgang 5, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Blockade wie gehabt – US-Kontrollbehörde OFAC verhängt Strafen in Millionenhöhe

Der von US-Präsident Obama verkündete Wandel ist bis jetzt immer noch nicht in Cuba angekommen. Die OFAC ist weiter weltweit auf der Jagd nach cubanischen Banküberweisungen und sie war in diesem Jahr schon recht erfolgreich.

10.341 Dollar musste das Unternehmen MGE UPS bezahlen, das eine Zweigstelle in Kalifornien hat. Das Mutterhaus der Firma hat seinen Sitz in Frankreich. Von dort wurden wohl elektronische Regler an Cuba verkauft. Die cubanische Seite verwendet bekanntermaßen viel Zeit und Geld damit, über Dritte ihre Einkäufe zu tätigen, um die Blockade zu umgehen. Trotzdem ist es der OFAC gelungen, verschiedene Transaktionen zurückzuverfolgen und sie kam zu dem Schluss, dass die elektronischen Regler nach Cuba geliefert wurden. So heißt es in der Begründung für die Strafmaßnahme: „Der Verkaufsleiter hätte erkennen müssen, dass die in Frage kommende Lieferung möglicherweise für Cuba gedacht war und entsprechende Maßnahmen ergreifen müssen, um dies zu verhindern“.

Im Juni verhängte die OFAC über Philips Electronics of North America Corporation (PENAC), die nordamerikanische Filiale von Philips, eine Strafe von 128.750 Dollar, weil sie medizinische Geräte nach Cuba verkauft hatte. In dem Bericht der OFAC heißt es, „ein Angestellter von PENAC reiste im Auftrag einer ausländischen Filiale der PENAC ohne Erlaubnis nach Cuba, um den Verkauf medizinischer Geräte zu tätigen“.

Philips ist ein mächtiger internationaler

Konzern, der einst in den Niederlanden gegründet wurde und inzwischen in 60 Ländern vertreten ist. Die Tatsache, dass Philips ein multinationaler Konzern ist, bremste nicht den Eifer der OFAC-Jäger und rettete Philips nicht vor den Blockade-Gesetzen. Mit missionarischer Hingabe verfolgen die OFAC-Wächter jede Lieferung von medizinischen Geräten oder Reagenzien nach Cuba. Sie und die hinter ihnen stehende US-Regierung finden ihre größte Befriedigung darin, den frühzeitigen Tod der Cubaner und die Verschlechterung ihrer Lebensqualität zu fördern.

Auch nicht gerettet hat Philips die Tatsache, dass es seine Verträge mit Cuba und Venezuela nicht eingehalten hat, wie Fidel Castro in seinen letzten Reflexionen „Philips' doppelter Verrat“ darlegt. Um günstigere Preise zu bekommen, haben Cuba und Venezuela eine Sammelbestellung von medizinischen Geräten im Werte von über 72 Millionen Dollar getätigt. Der Vertrag wurde von beiden Seiten unterschrieben. Bis Ende 2006 hat Philips die bestellten medizinischen Geräte der Spitzentechnologie geliefert. Im Jahre 2007 aber nicht eines mehr. Einer cubanischen Delegation, die nach Brasilien zum Sitz der lateinamerikanischen Philips-Vertretung gereist war, wurde mitgeteilt, dass die USA eine detaillierte Beschreibung der für Cuba gedachten Geräte wünsche. Sie behaupteten, dass einige von ihnen US-Patente enthielten. Der Philips-Chef sagte der cubanischen Delegation wörtlich: „Es besteht eine schreckliche Unversöhnlichkeit seitens der US-Regierung ... Unsere

Organisation ist davon beeinträchtigt und bedroht. Alle haben Angst. Alle unsere Organisationen haben ganz viel Angst.“ Angeblich wollten sie weiter mit Cuba zusammen arbeiten, aber 2007, 2008 und 2009 bis zum jetzigen Zeitpunkt ist nichts von Philips eingetroffen. Nach der von der OFAC verhängten Strafe versprachen sie erneut zu liefern – aber nichts geschah. Wie viele cubanische und venezolanische Patienten könnten die Regierungen Bush und Obama verklagen, für allen Tod und alles Leid!

Im August nun hat die OFAC einen noch größeren Coup gelandet. 5 Millionen 750.000 Dollar musste die Australia & New Zealand Bank Group (ANZ) zahlen, weil sie angeblich Transaktionen nach Cuba durchgeführt hat. Das ist die größte Summe seit Juni 2004, als die Union der Schweizer Banken 100 Millionen Dollar zahlte, weil sie es damals angeblich zuließ, dass die cubanische Regierung an dem internationalen Programm der Federal Reserve Bank teilnahm, Dollarnoten in schlechtem Zustand durch neue zu ersetzen.

Die Blockade gegen Cuba geht also mit unverminderter Härte weiter. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, wie solche Strafen den Handelsspielraum Cubas einengen und verteuern. Wer wagt es, mit einem Land zu handeln, wenn ihm solche Strafen drohen? Wie viel mehr kosten die einfachsten Dinge für Cuba, wenn jeder, der es trotzdem wagt, sich das Risiko teuer bezahlen lässt?

R. F., Granma

INNENPOLITIK

Fidel aktiv

Zwei Stunden lang unterhielt sich Fidel mit frischgebackenen venezolanischen Juristen der Fakultät „Fidel Castro“.

Auch die Begegnung mit Rafael Correa und dessen Frau ging um die Welt.

Zum ersten Mal seit Oktober 2007 hat Fidel Castro ein Telefongespräch mit Daniel Ortega geführt. Er rief ihn an, um ihm seine Zufriedenheit über das Abschneiden von 44 nicaraguanischen Medizinstudenten mitzuteilen, die jetzt als Ärzte nach Nicaragua zurückkehren. Der Anruf erreichte Daniel Ortega während seiner Rede vor den frisch graduierten Mediziner der Lateinamerikanischen Schule für Medizin. Als er den Hörer nahe ans Mikro hielt konnten alle Fidels Stimme hören und an der Unterhaltung teilnehmen

Stunden zuvor hatte er die Reflexion „Es hora del recuento y de la marcha unida“ veröffentlicht, in der Fidel Castro deutlich macht, dass die US-Basen nur einen einzigen Zweck verfolgen, nämlich den, innerhalb von Stunden jeden Ort in Lateinamerika mit ihren Truppen erreichen zu können.

Er fügte hinzu, dass „mit diesen und den Basen der USA auf den Malvinen, in Paraguay, Peru, Honduras, Aruba, Curacao und anderswo es nicht einen Punkt des brasilianischen Territoriums und dem Rest Lateinamerikas gibt, der nicht in Reichweite des Kommandos Süd liegt und von wo aus binnen Stunden mit dem Einsatz modernster Transportflugzeuge, Truppen und andere ausgefeilte Kriegsmittel überall hinbewegt werden können.“

Er machte deutlich, dass das direkte Ziel darin besteht, den revolutionären bolivari-anischen Prozess in Venezuela auszulöschen und sich die Kontrolle über das Erdöl und die anderen Ressourcen Venezuelas zu sichern. Das Imperium dulde keinen Wettbewerb mit den neu entstehenden Wirtschaftsmächten in seinem Hinterhof und auch keine wirklich unabhängigen Länder in Lateinamerika. Es rechne mit der reaktionären Oligarchie, der faschistischen Rechten und der Kontrolle der wichtigsten Massenmedien im Innern und außerhalb des Landes. Nichts, was wie eine wirkliche soziale Gerechtigkeit aussieht, kann auf seine Unterstützung rechnen.

„Der Yankee-Imperialismus ist hundert Mal mächtiger als die kolonialen Imperien Spaniens und Portugals, und dem Ursprung unserer Völker völlig fremd“, endete Fidel. R. F., Granma, Cubavisión

AUSSENPOLITIK

Cuba gegen selektive Erweiterung im UNO-Sicherheitsrat Größere Repräsentanz Afrika, Asiens und Lateinamerikas gefordert

Cuba hat eine teilweise und selektive Erweiterung der UNO-Sicherheitsratsmitglieder zurückgewiesen.

Für Cuba ist das wichtigste Ziel einer Erweiterung, die geringe Vertretung der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten zu beenden.

Der cubanische UNO-Diplomat Rodolfo Benítez machte deutlich, dass seine Regierung die Aufstockung der permanenten und nicht-permanenten UNO-Sicherheitsmitglieder unterstütze. Allerdings sei die cubanische Regierung dagegen, nur die zweite Gruppe zu vermehren. Für Cuba sei es nicht akzeptabel, dass ganze Regionen als permanente Mitglieder völlig unterrepräsentiert seien. Benítez erinnerte daran, dass mehr als die Hälfte der

Themen, die im Rat behandelt würden, sich auf die Probleme Afrikas bezögen. Trotzdem sei nicht ein einziges afrikanisches Land im Sicherheitsrat vertreten. Er sprach sich außerdem gegen die Einführung von diskriminierenden Kriterien aus und unterstrich, dass solange das Vetorecht nicht abgeschafft sei, auch eine angemessene Anzahl von Entwicklungsländern das Recht haben müsse, dieses auszuüben.

Nach Auffassung Cubas müssten zumindest zwei afrikanische Länder, zwei Länder aus Lateinamerika und der Karibik und zwei Entwicklungsländer Asiens permanente Mitglieder dieser UNO-Institution werden.

R. F., Juventud rebelde



Jahrbuch der Exporte

